

ungern geben die Automanager zu, daß der Imageverlust vielleicht auch mit ihrer Modellpolitik zu tun haben könnte. Wagen wie der VW-Golf oder BMW-Modelle hängen mit ihrem sportlichen Image die eher biederen französischen Familienkutschen ab.

Inzwischen achten zudem die Verbraucher offenbar mehr auf Qualität. Und da haben Citroën und Renault Einbußen hinnehmen müssen.

In manchen Betrieben äußert sich der Unwille der Arbeiter nämlich in regelrechten Sabotageakten. Die Citroën-Direktion des Werkes Aulnay-sous-Bois gab Mitte Dezember zu, daß 80 Prozent aller Fahrzeuge, die vom Fließband kommen, nachgebessert werden müssen. Sonst liegt die Quote bei zehn Prozent.

Doch damit nicht genug. Nach einer Untersuchung der Verbraucherzeitung „Que choisir?“ („Was nehmen?“) sind französische Autos um vieles reparaturanfälliger als ausländische. Während japanische und deutsche Modelle in der Zuverlässigkeit auf den Spitzenplätzen liegen, kommen die besten Franzosen nicht über Rang 20 hinaus. Der kleine R 5 von Renault zum Beispiel landete in seiner Klasse auf Platz 37.

Nach langem Zögern hat sich die Regierung durchgerungen, das Management in den endlosen Arbeitskämpfen zu stützen, wenn auch halbherzig. Arbeitsminister Jean Auroux verurteilte immerhin die Schlägerei am Citroën-Fließband – 17 Arbeiter wurden ernsthaft verletzt – als „terroristische Methoden“.

Die Gewerkschaftsführer sind da nach wie vor ganz anderer Ansicht. Die Arbeitnehmer würden von den Patrons und von bezahlten Rollkommandos provoziert. Dagegen müßten sie sich wehren. „In Aulnay“, so CGT-Boss Henri Krasucki selbstsicher, „wird es keine Entlassungen geben.“

So sind die Aussichten für Frankreichs Autoindustrie trübe. Renault wird als Staatsbetrieb nach am besten zurechtkommen: Das Unternehmen kann darauf zählen, daß die Regierung Defizite deckt und Kapital zuschießt.

Peugeot dagegen steht, so der linke „Matin“, inzwischen „mit dem Rücken zur Wand“. Der Konzern hat bereits Schulden in Höhe von 27 Milliarden Franc, ein Drittel des Umsatzes. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Citroën-Fabrik in Aulnay-sous-Bois geschlossen wird, wenn die Unruhen anhalten.

Die Gewerkschaften zeigen sich von solchen Aussichten wenig berührt. Im Gegenteil, sie sähen es gar nicht ungern, wenn die Familie Peugeot, der Hauptaktionär, das Unternehmen aufgäbe.

Der Regierung, so kalkulieren linke Gewerkschafter, bliebe dann nämlich nichts anderes übrig, als die Reste des Familienimperiums zu verstaatlichen. Und genau das haben die Gewerkschaften schon vor dem Machtwechsel im Frühjahr 1981 gefordert.

## VIETNAM-KRIEG

### Operation Lazarus

**Auf eigene Faust wollte ein Vietnam-Veteran amerikanische Soldaten befreien, die er immer noch in Kriegsgefangenschaft in Vietnam und Laos wähnt.**

Der eine tat sich zuletzt dadurch hervor, daß er als ehemaliger Vietnam-Pilot namens Mitchell Gant trotteligen Sowjets deren modernste Kampfmaschine, ein Wunderflugzeug namens „Firefox“, entwendete und es der freien Welt zuführte.

Der andere ist seit 1966 Kommandant des intergalaktischen Raumschiffes „Enterprise“ und sorgt als Captain James Kirk in den Weiten des Weltalls für Recht und Ordnung.



„Firefox“-Darsteller Eastwood  
Den Präsidenten unterrichtet

Für ihren nächsten Film hatten sich die beiden Filmschauspieler Clint Eastwood (Firefox) und William Shatner (Raumschiff Enterprise) unglücklicherweise die gleiche Heldenrolle in den Kopf gesetzt:

Tapferer Vietnam-Kämpfer, hochdekoriertes Mitglied der Green Berets, kehrt zehn Jahre nach Ende des amerikanischen Vietnam-Abenteuers zusammen mit einigen Kameraden zurück nach Indochina. Die ehemaligen Elitesoldaten rekrutieren eine kleine, schlagkräftige Söldnertruppe und dringen von Thailand aus in das kommunistische Laos ein.

Dort, so glauben sie, schmachten in einem abgelegenen Landesteil noch immer an die 100 Kameraden von einst, während des Krieges abgeschossene US-Piloten. Die Parole für den Helden und seine Truppe heißt: Sucht, findet und befreit die Gefangenen aus ihrem Dschungellager.

Weiter im Drehbuch vorgesehen: Die Aktion gelingt, im Triumph kehren Befreier und Befreite heim, der US-Präsident sanktioniert das Abenteuer im



„Raumschiff Enterprise“-Darsteller Shatner  
An der Realität gescheitert

nachhinein. Sogar der Titel des Films stand schon fest – „Operation Lazarus“.

Daß der Welt dieses Heldenopus nun doch erspart bleibt, liegt an der Realität, die sich nicht ans Drehbuch hielt: Ende vergangenen Jahres brach die wirkliche „Operation Lazarus“ in einem 30minütigen Feuergefecht zusammen.

Denn – und das war der Clou des geplatzen Films – die verhinderten Befreier gibt es tatsächlich. 30 000 Dollar hatte Eastwood, 10 000 Dollar Shatner springen lassen, um die Filmrechte an den Abenteuern des Oberstleutnants James G. Gritz zu erwerben, der seit mehr als einem Jahr im Grenzgebiet von Thailand und Laos einen Privatkrieg führt.

Schon seit Jahren hält sich das Gerücht, dort in Laos und auch in Vietnam lebten immer noch amerikanische Soldaten in Gefangenschaft, die letzten jener 2494 Vietnam-Kämpfer, über deren Verbleib es bis heute keine Klarheit gibt und die in den USA offiziell als Kriegsgefangene oder Vermißte geführt werden. Indochina-Flüchtlinge behaupten, sie hätten Amerikaner in Lagern gesehen, und auch US-Aufklärungsspezialisten wollen nach der Auswertung von Luftaufnahmen eine solche Möglichkeit nicht ausschließen. Präsident Reagan sprach noch Ende Januar von „glaubwürdigen“, aber „unbestätigten“ Aussagen.

Zwar verhandelt die Reagan-Administration mit laotischen und vietnamesischen Behörden um eine Zusammenarbeit bei der Aufklärung der 2494 Einzelschicksale. Doch es bestehen keine vollen diplomatischen Beziehungen, die Angehörigen der Opfer empfinden das Verfahren als quälend langsam.

Kein Wunder, daß Abenteurer und Geschäftemacher, aber auch Geheim-

\* Mit Kollegin Nichelle Nichols.



**US-Gefangener in Vietnam (1973)**  
„Alle wollen sie rausholen“



**Vietnam-Veteran Gritz**  
Hilfe von der Regierung?

dienstler glauben, sie könnten die Prozedur beschleunigen, wenn sie – auch außerhalb der Legalität – selbst aktiv würden.

Immer wieder werden Angehörige von Vietnam-Veteranen um Geld für private Befreiungsaktionen gebeten. „Alle wollen“, berichtet Ann Griffith, Direktorin der Organisation von Familienangehörigen vermißter Kriegsteilnehmer, die angeblichen Gefangenen „rausholen, wenn nur jemand mit Gewehren, Geld und verlässlicher Information überkäme“.

Um Informationen über möglicherweise noch lebende Amerikaner bemühen sich mehrere private Gruppen. So hat der Ex-Luftwaffen-Oberst Jack Bailey ein Schiff ausgerüstet, mit dem er Indochina-Flüchtlinge auf See aufammelt und sie dann nach überlebenden Amerikanern befragt. Das rechtsradikale Söldner-Magazin „Soldier of Fortune“ gründete zusammen mit ehemaligen Geheimdienstmitgliedern eine Zentralstelle zum Sammeln solcher Informationen.

Im Dunstkreis um „Soldier of Fortune“, Geheimdienstoperationen und

Weißes Haus sind die Kommandounternehmen des James G. Gritz angesiedelt. Seit fast einem Jahr versucht der Geheimdienstausschuß des amerikanischen Senats herauszufinden, ob Gritz Regierungsunterstützung erhalten habe.

In einer Anhörung vor Ausschußmitgliedern gaben Angestellte der Defense Intelligence Agency, des Geheimdienstes der US-Streitkräfte, zu, Gritz bereits kurz nach seinem Ausscheiden bei den Green Berets 1979 angesprochen zu haben, ob er an der Führung eines Kommandounternehmens interessiert sei, das in Laos nach Amerikanern Ausschau halten sollte.

Anfang 1981 stellte der Vietnam-Veteran dann eine eigene Truppe zusammen und trainierte den Dschungelkrieg in Florida. Das Team wurde erst aufgelöst, als Gritz, eigenen Angaben zufolge, erfuhr, daß es ein solches ausgebildetes Team bereits gab.

Im Mai 1981 berichtete dann die „Washington Post“ über eine US-Expedition, bei der laotische Söldner erfolglos auf die Suche nach gefangenen US-Soldaten geschickt wurden. Noch im gleichen Jahr sandte auch Gritz einen eigenen Vier-Mann-Trupp über den Mekong, der ebenfalls Informationen über Gefangene sammeln sollte.

Ende 1982 schließlich startete der heute 44jährige Gritz die „Operation Lazarus“. Zusammen mit drei weiteren Amerikanern und 15 laotischen Söldnern überquerte er am 27. November den Mekong. Ihr Ziel war das laotische Dorf Sepone, in dessen Nähe ein Gefangenenlager vermutet wurde.

Doch nach drei Tagesmärschen stieß die Gritz-Gruppe auf bewaffneten Widerstand. Nach einem halbstündigen Feuergefecht, bei dem ein laotischer Söldner getötet und drei weitere verwundet wurden, zogen sich die Möchtegern-Befreier schleunigst zurück.

Als die Operation Anfang Februar durch Interviews der Beteiligten bekannt wurde und Laos wie Thailand gegen das Söldnerunternehmen protestierten, gab sich das Weiße Haus überrascht: „Solche Privataktionen sind unseren Bemühungen nur hinderlich.“

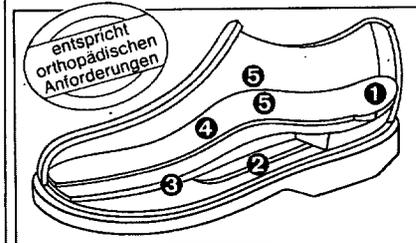
Doch ganz überzeugend klang die Entzündung nicht. Daß er ausschließlich auf eigene Faust gehandelt habe, verneint zumindest Gritz: „Einiges Geld kam nicht aus privaten Quellen.“ Und: „Das FBI, die CIA, die Botschaft (in Bangkok) haben uns geholfen, der Präsident

Füße die sich wohlfühlen sollen, brauchen die Fußfreiheit eines guten Schuhs.

## GALLUS Liberty Schuhe



Freiheit für Ihre Füße



- ① Liberty-Kugelferse
- ② Orig. Liberty-Spezialgelenk
- ③ Liberty-Vollfußbett
- ④ Leder-Decksohle
- ⑤ Sanitized ausgerüstet

Wo Sie GALLUS Liberty-Schuhe bekommen, sagen wir Ihnen gern.



**GALLUS**

Herrenschuhe  
mit internationalem Flair

ad/visa

Bezugsquellen durch  
GALLUS, D-1060 Piesen 11  
GALLUS, A-9400 Wolfsberg / Kärnten  
Intra-Schuh AG, CH-4460 Gastereninden

ist bereit, uns zu unterstützen, sobald wir einen Amerikaner vorzeigen können.“

Zumindest soviel ist sicher: Schon vor dem Start des Unternehmens hatte der Schauspieler Clint Eastwood seinen Ex-Kollegen im Weißen Haus über die bevorstehende Aktion unterrichtet und den Präsidenten gebeten, Gritz zu unterstützen. Das Weiße Haus behauptet, die Bitte sei abschlägig beschieden worden; Gritz jedoch berichtet, er habe in Bangkok zustimmende Telegramme erhalten.

Da nach amerikanischem Recht auch die Vorbereitungen zu einer privaten Militäraktion gegen ein Land strafbar sind, mit dem die USA sich nicht im Krieg befinden, nahm die amerikanische Bundespolizei FBI Ermittlungen gegen Gritz auf, doch die zuständige Staatsanwaltschaft fand sich nicht bereit, Anklage zu erheben.

James G. Gritz war da schon wieder im Fernost-Einsatz. Während alle Beteiligten in Hollywood und Washington versuchten, die Geschichte so geräuschlos wie möglich zu verdrängen, startete er eine neue Expedition nach Laos. Wieder kam ein laotischer Söldner ums Leben.

Anfang vergangener Woche jedoch unterbrach der Einzelkämpfer seine Mission. Um Mitarbeiter zu schützen, die in der Zwischenzeit von Thai-Behörden verhaftet worden waren, stellte sich Gritz der Polizei im thailändischen Grenzort Nakhon Phanom.

In Siegerpose behauptete er: „In den letzten 30 Tagen habe ich herausgefunden, daß im kommunistischen Asien immer noch amerikanische Kriegsgefangene leben.“ Den Beweis blieb er schuldig.

## MALTA

### Dom gegen alle

**Verbot für ausländische Diplomaten, mit der inländischen Opposition zu verkehren: Insel-Chef Dom Mintoff hält viel von Kontaktsperren.**

Ein ungetrübtes Verhältnis zur Demokratie hat ihm noch nie jemand nachsagen können. Dom Mintoff, seit Mitte der 50er Jahre der dominierende Politiker und inzwischen zum drittenmal Premier der Mittelmeerinsel Malta, hat Recht und Gesetz noch immer so hingebogen, daß es vor allem einem nützte: Dom Mintoff, 66.

Und wagte es jemand, ihn oder sein Regime zu kritisieren, mußte er mit Schlimmem rechnen, egal ob Malteser oder nicht.

Den bundesdeutschen Präsidenten der Europäischen Christdemokraten, Kai-Uwe von Hassel, zum Beispiel ließ er im November 1978 schlicht ausweisen, weil der sich erdreistet hatte, Kritisches über die „autokratische und repressive“ Politik des linken Labour-Führers Dom Mintoff zu Protokoll zu geben.



Malta-Premier Mintoff (r.), Gast Gaddafi: Im Interesse der Freundschaft

Diplomaten aus aller Welt ließ er nun ähnliches androhen: Wer Vertreter der oppositionellen Nationalistischen Partei so behandle, „daß der Eindruck entsteht, sie seien eine offizielle Opposition“, verkündete der aus der kommunistischen Studentenjugend hervorgegangene Außenminister Alex Scerberras Trigona, werde zur „persona non grata“ erklärt und müsse die Insel verlassen.

Ein solches Kontaktverbot zur Opposition widerspricht der Wiener Konvention aus dem 19. Jahrhundert, in der die Rechte und Pflichten von Diplomaten im Ausland festgelegt sind, wie auch der Schlußakte von Helsinki 1975, in der jede Diskriminierung der Opposition verurteilt wird.

Aber das stört Dom Mintoff nicht. Er hatte seiner Opposition schon in den Monaten vor der letzten Parlamentswahl im Dezember 1981 den Zugang zu den maltesischen Medien verweigert; die konservative Nationalistische Partei unter ihrem Führer Edward Fenech Adami mußte ihre Wahlwerbung mit Hilfe eines TV-Senders auf Sizilien betreiben.

Da ihm sogar das noch zu gefährlich erschien, ließ Mintoff kurz vor der Wahl schnell einige Wahlkreisgrenzen – zu seinen Gunsten – verändern, und gerade noch zur rechten Zeit:

Obwohl Mintoffs Labour Party nur wenig mehr als 49 Prozent der Stimmen gegen nahezu 51 Prozent der Opposition erhielt, blieb sie dennoch im Insel-Parlament mit 34 zu 31 Sitzen in der Mehrheit.

Fenech Adami und seine Nationalisten boykottieren seither das Parlament, um so vor aller Welt zu demonstrieren, wie demokratisch es auf der Insel zugeht.

Unverändert aber sind sie allzeit ansprechbar für Besucher aus dem Ausland, für Journalisten und Diplomaten.

Als schließlich in einigen Zeitungen sogar Photos von Fenech Adami im

Kreise ausländischer Botschafter erschienen, wurde es dem autoritären Insel-Dom offenbar zuviel.

Am 10. Januar verschickte er durch sein Außenministerium gleichlautende Noten an alle auf Malta akkreditierten Botschafter, in denen die Exzellenzen aufgefordert wurden, dafür zu sorgen, daß ihre Diplomaten sich „jeglicher Kontakte zu Mitgliedern der Nationalistischen Partei“ enthielten.

Die westlichen Botschafter wiesen solche Beschränkung ihrer Arbeit entschieden zurück; die Botschafter Libyens, Kuweits und Tunesiens sowie der Vertreter der PLO wurden, unbeschadet der guten Beziehungen zwischen Malta und den arabischen Ländern, sogar persönlich beim Außenminister vorstellig und überreichten einen gemeinsamen Protest. Die Bitte der Malteser, den Protest doch im Interesse der Freundschaft zurückzuziehen, lehnten sie ab.

Mintoffs Männer flüchteten sich in die Offensive und veröffentlichten die Protestnote der US-Botschaft sowie die maltesische Antwort. Darin wurde zwar unter bestimmten Bedingungen das Recht der Diplomaten anerkannt, sich mit Vertretern der Opposition zu treffen. Zugleich aber verboten die regierenden Insulaner unverändert solche „Kontakte, die dazu angetan sind, den Nationalisten den Anstrich einer Alternativ-Regierung zu geben“.

Dieselbe Aufforderung hatte auch für die übrigen Botschafter in Valletta gegolten, so auch für den Vertreter Australiens.

Der sagte einen Empfang aus Anlaß des australischen Nationalfeiertages kurzerhand ab, weil die Malteser darauf beharrt hatten, geladene Gäste von der Oppositionspartei müßten wieder ausgeladen werden. ◆